

Der Endtermin für das Markenbrot.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss führte die Beratung über den Teil des Gesetzes, der die allgemeine Brotversorgung betrifft, zu Ende. In der Abstimmung wurde beschlossen, zur Sicherstellung der Versorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24 eine Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben. Die öffentliche Brotversorgung fällt mit dem 15. September 1923 fort. Die Reichsregierung kann bis aber mit Zustimmung des Reichsrates ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober 1923 fortsetzen. Die Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidekasse soll spätestens am 31. Dezember 1923 aufgelöst werden.

Reichsfinanzminister Dr. GERMER erklärte, es werde sich ein Bedarf von 1,5 bis 1,8 Millionen für die Brotversorgung ergeben. Man müsse zu einer Verdreifachung des Zwangsanleihebetrages kommen. Gegen eine Verdreifachung seien Bedenken geäußert worden, die er habe nachprüfen lassen. Wie jetzt haben wir 225 Milliarden Papiermark aus der Zwangsanleihe und wir rechnen mit einem Gesamtbetrage von rund 800 bis 850 Milliarden. Wenn man nun bestimmte Vermögenssteile von der Verdreifachung ausnehmen müsse, die schon im Anleihegesetz einen Vorzug genießen, dann würden wir von jenen 800 bis 850 Milliarden um etwa 100 Milliarden abziehen müssen. Als Grundlage für die Verdreifachung der Zwangsanleihe bleibe dann ein Betrag von 250 Milliarden Papiermark. Bei einer Verdreifachung oder Verdoppelung dieses Betrags würde die Deckung derselben Kosten gegeben sein, die das Ernährungsministerium heute schätzungsweise verlange. Die Sozialdemokraten blickten die zehnfache Erhebung der Zwangsanleihe für nötig, während die Deutschnationalen und die Volkspartei eine Verdreifachung für ausreichend erachteten.

Die Wiederteile des russischen Getreides.

Russland war vor dem Kriege mit dem wichtigsten Exportland für Getreide. Es versorgte das industrielle Westeuropa und ganz besonders auch Deutschland mit der notwendigen Brotnahrung. Das ist seit Kriegsende anders geworden, und die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen wir in Deutschland gegenwärtig zu leiden haben, sind nicht zuletzt auch auf diesen Ausfall des russischen Getreides zurückzuführen. Nun hat die Sowjet-Regierung vor einiger Zeit den Versuch gemacht, die Getreideausfuhr noch in diesem Jahre wieder aufzunehmen. Kommt er zur Ausführung, so muß das für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und für unsere Volksernährung eine wesentliche Bedeutung erlangen. Es ist uns allerdings das Verfall der deutschen Währung heute nur unter den allergrößten Schwierigkeiten noch möglich, aus Amerika und andern hochvalutarischen Ländern die uns unentbehrliche Getreidezufuhr zu beziehen. Viel leichter würde es uns fallen, das Risiko unserer Getreideversorgung aus Russland zu ziehen, das ebenfalls eine sehr gute Währung hat, vorausgesetzt, daß eben Russland in der Lage ist, uns genügende Mengen Getreide zur Verfügung zu stellen, die wir mit unserem Ueberreichtum an Industrieprodukten leicht bezahlen können.

Nun besteht allerdings in Russland selbst noch ein gewisser Widerstand gegen den Getreideexport. Die Widerstände der letzten Jahre sind noch bei weitem nicht überwunden. Man befürchtet in Russland — und vom russischen Standpunkt aus nicht mit Unrecht — daß die zu frühzeitige Wiederaufnahme des Getreideexports den inländischen Getreidepreis stark erhöhen und damit die Ernährung der eigenen Bevölkerung gefährden würde. Dem steht aber das Bestreben der Sowjet-Regierung gegenüber, die russische Handelsbilanz unter allen Umständen wieder aktiv zu machen. Die russische Regierung braucht ferner Geld und Steuern. Sie kann sie nur erhalten von der Landbevölkerung, die nach wie vor durch die Behauptung ihres Landes Werte hervorbringt, die unter allen Umständen Abzins finden. Verdient aber die Landwirtschaft durch die Ausfuhr von Getreide und durch die Erhöhung der Getreidepreise mehr Geld, so kann sie auch mehr Steuern zahlen. Der Getreideexport ist also für Russland notwendig, um seine Finanzverhältnisse wieder gesund zu machen. Es ist daher vor kurzem eine staatliche „Aktiengesellschaft für Getreideexport“ ins Leben gerufen worden, der das alleinige Recht, russisches Getreide nach dem Auslande zu exportieren, übertragen werden soll. Das russische Außenhandelskommissariat verhandelt ferner auch bereits mit ausländischen Getreidefirmen, um den Getreideexport praktisch in Gang zu bringen.

Es ist freilich richtig, wenn ein Kenner des russischen Wirtschaftslebens, wie M. Emilio-Benario, in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“, darauf hinweist, daß bei dem Mangel an technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Getreideausfuhr und für die Beförderung nach Jahre vergeblich mühen, bis Russland wieder seine alte Stellung auf dem Weltgetreidemarkt einnehmen wird. Aber es ist gar nicht nötig, daß Russland etwa ebensolche Getreide exportieren wie vor dem Kriege, damit dieser Export für Deutschland wieder von ausschlaggebender Bedeutung wird. Der Hauptbedarf an Getreide hat sich in Deutschland verringert, und unser Volk verarmt und sein Nahrungsbedarf geringer geworden ist. Von russischer Seite ist bekannt geworden, daß bereits 400.000 Tonnen Getreide ausgeführt werden können. Wenn es auch hauptsächlich nach Finnland und Schweden gegangen ist, so ist doch auch in Deutschland das Wiedererhalten russischen Getreides nicht unbemerkt geblieben. Es kann vom deutschen Standpunkt aus zunächst nur begrüßt werden, zumal die Qualität des

Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Bei den letzten Wahlen zum oldenburgischen Landtag wurden insgesamt 179.000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Demokraten 38.000, Zentrum 87.000, Deutsche Volkspartei 85.000, Sozialdemokraten 48.000, Deutschnationale 13.000, Kommunisten 10.900, Unabhängige 8.500.

Die Siege verteilen sich im Oldenburgischen Landtage demnach voraussichtlich wie folgt: 9 Demokraten, 9 Deutsche Volkspartei, 9 Zentrum, 11 Sozialdemokraten, 3 Deutschnationale, 2 oder 3 Kommunisten, Unabhängige keiner. Nach diesem vorläufigen Ergebnis werden die Demokraten 2 Siege gewinnen und die Deutsche Volkspartei voraussichtlich 3 Siege verlieren.

Polens Außenpolitik.

In einer Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senats hielt Außenminister Seyda eine längere Rede über die Außenpolitik der Regierung. Er betonte, daß die Stellung Polens auch durch die Ueberzeugung beeinflusst werde, daß Verlust und Auswaschung des Kampfes im Westgebiet einen unmittelbaren Einfluß auf Polen ausüben, weil dadurch auf lange Zeit die Rolle Deutschlands in Europa und sein Verhältnis zu Polen bestimmt würden. Wer die Vergangenheit und die Zukunft nächster deutliche, komme zu dem Ergebnis, daß alles, was in Deutschland geschieht und was Deutschland heute Polen gegenüber bietet, von polnischer Seite kluge und entscheidende Bemühungen verlangen, um die Lage der auf den Schwestern der Republik zu erhaltenden Staaten zu

ordnen und in Mitteleuropa den Frieden zu bewahren, der das Ziel Polens ist. Deshalb wünscht erobert Minister Seyda gegen den Völkerverbund den Vorwurf, daß er infolge Unkenntnis der Lage es dahin gebracht habe, daß heute eine weitere Verhandlung mit dem Danziger Senat zwecklos geworden sei. Polen werde nicht nachgeben, solange sich Danzig nicht völlig auf die Grundlage des Friedensvertrages gestellt habe und solange es sich nicht dem darin enthaltenen Willen beuge, daß die freie Stadt Danzig die Sicherung des freien Zugangs Polens zum Meer sein solle.

Zwei französische Offiziere erschossen.

In Dortmund sind Sonnabend abend auf der Straße zwei französische Offiziers-Aspiranten von blinder nicht ermittelten Tätern aus nächster Nähe erschossen worden. Der eine war sofort tot, der andere verstarb erst nach seiner Einlieferung im Krankenhaus. Zwei Zivilisten, die den Vorfall auf der Kommandantur anzeigten, wurden in Haft genommen. Irrenderweise Maßnahmen sind französischerseits aus Anlaß der Erschießung bisher nicht unternommen worden. — Nach einer dem Kriegsministerium zugegangenen Meldung soll die Erschießung der beiden französischen Soldaten im Laufe einer Patrouille zwischen Franzosen und Deutschen geschehen sein.

Wasas meldet über den Zwischenfall in Dortmund: Zwei Adjutanten (aus dem Unteroffizierskorps hervorgegangen) Offiziersaspiranten. Die (Reb.) des 159. Infanterieregiments sind gestern abend 10 Uhr 30 Minuten durch eine Gruppe, bestehend aus drei deutschen (N) Zivilisten, in den Straßen Dortmunds ermordet worden. Einer der Adjutanten wurde von einer Revolverkugel in den Kopf getroffen und war sofort tot, während der andere noch eine Stunde am Leben blieb. Die französische Wache wurde alarmiert.

Schweres Blutbad in Dortmund.

(Dortmund). Wegen Erschießens der beiden Franzosen wurden der stellv. Volksgemeinschaftsleiter und der stellv. Oberbürgermeister verhaftet. Im Laufe des gestrigen Abends und in der Nacht wurden in Dortmund 5 Zivilpersonen erschossen und mehrere schwer verletzt. Die Truppen in den Stadtteilen wurden verhärtet. Ein Maschinengewehr und etwa 100 Soldaten bewachen das Stadthaus. Am Südmühl stehen Kavallerieposten. Die Zahl der Verhafteten soll 100 übersteigen.

Die Zeitungsanzeige

Ist erfahrungsgemäß allen anderen Werbemitteln überlegen. Unabhängige geschäftliche Unternehmungen haben Bedeutung und Erfolg nur durch das Zeitungsinsert erlangt.

Sie müssen eine „Kleine Anzeige“ im „Rieser Tageblatt“ veröffentlichen und der Erfolg wird sie überzeugen. — Anzeigenannahme werktäglich von früh 8 Uhr abends 6 Uhr in der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Rieser, Goethestr. 59. — Telefon 20.

Eine Erweiterung des Deutschen Volksposters.

Mit dem 1. Juni 1923 ist eine Vereinfachung des Sammelwerkes zur Unterstützung der im alt- und neu-befetzten Gebiet notleidenden Volksgenossen eingeleitet. Die „Ruhrlife“, die das Hilfswerk der gestiegenen Wirtschaft, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, darstellt, ist mit dem 1. Juni in das „Deutsche Volksposter“ (Ruhr und Rhein) übergegangen. Dadurch ist sowohl die Einheitlichkeit des Sammelwerkes selbst wie auch der so dringend notwendigen Unterstützungsfunktion erreicht. Alle Ebenen werden künftig dem „Deutschen Volksposter“ zuzuführen. Die „Ruhrlife“ hat bisher in weitestem Maße zur Finanzierung der Kinderfürsorge, besonders zur Unterbringung lebender Kinder aus dem besetzten Gebiet in Heimen und auf dem Lande beigetragen. Daneben ist vieles zur Erleichterung des Lebens der Inhabitanten geschehen, größere Summen sind zur Unterstützung der besonders notleidenden Kriegsbeschädigten, zur direkten Unterstützung von Wohlfahrtsvereinigungen, wie Säuglingsheimen und dergl. verwandt worden. Außerdem wurden bedeutende Beträge zur Versorgung der Arbeitslosen, Kurarbeiter und der hinterlassenen Familien mit Kartofeln verausgabt. Beim Übergang in das „Deutsche Volksposter“ besteht ein bedeutender Fonds zur Disposition des bisherigen paritätischen Vorstandes der „Ruhrlife“. Dieser gegen die Geldverantwortung gesicherte Fonds soll ein Rückhalt für die zu erwartende allgrößte Not im besetzten Gebiete sein und wird im gegebenen Augenblick den von den Spendern gemöhten Schweden zugeführt. Aber nach wie vor sind gewaltige Summen notwendig, um den Opfern im besetzten Gebiet beizustehen. Mehr als je müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bemühen, daß die Sammelarbeiten nicht erlahmen darf. Darum gebt, trotz aller bisherigen Opfer, gebt reichlich!

Mit der Vereinfachung der beiden Hilfswerke wird auch für solche Korporationen, die im Zweifel waren, ob ihre Sammlungen dem „Deutschen Volksposter“ oder der „Ruhrlife“ zuzuführen sollten, diese Frage entschieden sein. Es wird erwartet, daß alle zur Hilfe für das besetzte Gebiet bestimmten Sammlungen nunmehr schnellstens dem „Deutschen Volksposter“ zugeführt werden.

Es wäre aufs lebhafteste zu begrüßen, wenn auch andere Kreise, die Sammlungen veranstaltet haben, die Vereinigung der beiden großen Hilfswerke zum Kauf nehmen wollten, nunmehr auch ihrerseits ihre Spenden dem „Deutschen Volksposter“ zuzuführen.

Zur Einziehung der Spenden können sowohl die Konten der „Ruhrlife“ wie des „Deutschen Volksposters“ benutzt werden. Alle Zahlungen werden einheitlich dem Deutschen Volksposter zugewiesen.

Der Münchner Hochverratsprozeß.

In der Sonnabend-Verhandlung des Hochverratsprozesses wurde der Frage Student Friedrich Mayer weiter vernehmelt. Er sagte aus, daß er dem Major Rahr am 18. Februar bei der Fahrt nach dem Kommando ein Exposé zum Lesen gegeben habe, wonach Rahr es verstanden hätte, den Gedanken der Verdrängung des Deutschen Reiches in Frankreich hochzubalten. Bei der Unterredung im Kommando über die Grundlagen der durchzuführenden Aktion erklärte Rahr, Frankreich sei die nächste Macht und bleibe es sicher auf fünfzig Jahre. Es werde seine Aktion gegen die deutsche Regierung unbedingt durchführen. Es wolle die Rheingrenze, und ihm, Rahr, werde es gelingen, die Frage zugunsten Bayerns zu regeln, wenn die bayerische Aktion durchgeführt werde. Rahr verlangte dann, daß ihm ein Ueberblick über die Vorbereitungen gegeben werde, wenn man müsse reich handeln, weil er vor seiner Abreise nach Bayern erfahren habe, daß Verhandlungen zwischen dem deutschen und der französischen Großindustrie stattgefunden haben, und daß ein Vertrag zwischen Tschin und einem französischen Konzern soweit vorbereitet sei, daß er nur noch der Unterschrift bedürfe. Den Einwurf Friedrichs, daß man keine Waffen habe, beantwortete Rahr, daß er besser unterrichtet (ist) sei. Nach dieser Unterredung habe Rahr in einem Briefe einen Scherz des Rahr erhalten, worauf Rahr gesagt habe, daß sei eine noble Geste. Am 20. Februar sei dann auf Betreiben des Leuten jenes Protokoll zustande gekommen, das man dem Ministerium des Innern als Anleihe übergeben habe. Bei der Besprechung mit Rahr am gleichen Tage in München seien ihm folgende Fragen vorgelegt worden: 1. Welchen aktiven Grund hat Frankreich, die Aktion zu fördern? 2. Welche Unterstützung will Frankreich und in militärischer Hinsicht gewähren? 3. Welche Garantien aus wirtschaftlichem und politischem Gebiet werden seitens Frankreich versprochen? 4. Welche großen kontinentalen Ziele hat Frankreich im Auge? 5. Was ist von der antichristlichen und monarchistischen anfänglich gesetzelten Note in dem ganzen Unternehmen hinsichtlich der französischen Unterstützung zu halten?

Das Reichswehrministerium teilt mit, daß der in dem Münchner Prozeß erwähnte Major Rahr bereits seit über zwei Jahren aus dem Wehrdienst ausgeschlossen ist.

Vermischtes.

Ein britischer Dampfer gekentert. Nach einer Neuentdeckung ist der britische Dampfer „Waban“, 8200 Tonnen, der sich auf der Fahrt von Kaituma nach London befand, im Roten Meer an einer Felseninsel gekentert und befindet sich im sinkenden Zustand. Ueber das Schicksal der Passagiere und der Besatzung ist nichts bekannt.

Die Mutter von der Tochter erschossen. In Czernowitz hat sich ein Aufsehen erregendes Familien-drama abgepielt. Frau Viktoria Greco, die Gattin des Universitätsprofessors Dr. Basil Greco, eines orientalischen Kirchenrechtswissenschaftlers, hat in einem Anfall von Geistes-erregung ihre 84-jährige Mutter, Frau Helene Moraru, erschossen und dann sich selbst getötet. Mutter und Tochter lebten im besten Einvernehmen. Die Tochter besuchte die Mutter fast täglich. Beim letzten Besuch geschah das Entsetzliche. In rascher Aufeinanderfolge trachten zwei Schüsse. Aus dem Divan fand man die Grecoin mit zerstückeltem Kopf, zu ihren Füßen lag entseelt die unglückliche Tochter.

Verzweiflungstat einer Mutter. Vor einigen Tagen sprang in Berlin die Frau Auguste Fell mit ihrem lieben Monate alten Kinde im Arm aus einem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Die Mutter war sofort tot, während das Kind mit einer Gehirnerschütterung nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Ein Nervenglied hatte die bedauernswerte Frau zu der unseligen Tat getrieben.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 11. Juni 1923.

Abermals eine Million Goldstücke.

(München). Der Gemeinde Rat ist auf Antrag der Anfang Mai verführten Sprengung der Eisenbahn eine Geldbuße von einer Million M. auferlegt worden, für deren Begleichung der in Göttingen inhaftierte Amtmann Mittel haftet.

Brückenbrunnung.

(Hannover). In der Nacht zum Sonntag ist hier eine große Brücke gesprengt worden. Aus diesem Anlaß ist über Bienen am Sonntag vormittag der Belagerungszustand verhängt worden. Die beiden Brücken I und II und die Gemeinde Gortmar wurden besetzt. (Gortmar und Brücken I und II liegen im bisher unbefestigten Gebiete.)

Transerfies für Schlageter in München.

(München). Die vaterländischen Verbände Münchens veranstalteten gestern vormittag auf dem Königsplatz eine einbruchsvolle Trauerfeier zum Andenken an den von den Franzosen hingerichteten Kaufmann Schlageter, zu der sich außer den mit umflorten Fahnen erschienenen Verbänden auch eine Reihe von Offizieren und Tausende von Männern und Frauen aller Stände eingefunden hatten. In einer Reihe von Ansprachen wurde des Märtyrertodes Schlageters und seiner Charaktereigenschaften gedacht. Am die Feier schloß sich ein Gedächtnisgottesdienst in der Basilika.

Ueber Amundsen Nordpolflug.

(Christiana). Aus Abenteurer auf Spitzbergen erklärt das norwegische Telegrammbüro: Der Nordpolflug „Blind“ mit einer Unterstützungsexpedition für Amundsen Nordpolflug und das Marinefahrgezeug „Farn“ sind gestern hier eingetroffen. Die Flugzeuge liegen jetzt längs der „Blind“. Es werden die nötigen Vorbereitungen zum Flug gegen den Norden getroffen. Der Dampfer wird die Flugzeuge nötigenfalls nach Kingsbay bringen und von dort möglicherweise nach der Dänemarksel, wo eine Basis eingerichtet werden soll.

In Sofia wieder Ruhe.

(Sofia). Nach dem am Sonntag abend 7 Uhr vorliegenden Nachrichten berichtet im ganzen Lande Ruhe. Am Sonntag empfangt der König das gesamte neue Kabinett. Am Sonntag abend veranstaltete die Bevölkerung große Sympathieausdrückungen vor den Befehlshabern der Großmächte. Während des Sonntagstages hat der neue Ministerpräsident den diplomatischen Vertretern einen Besuch ab, bei dem moralische Unterstützung zugehen.

Frankreichs Niederwerfen in der Ruhrfrage.

(Paris). Dem „Journal des Debats“ zufolge hat sich Frankreich bereit erklärt, mit England und Italien auf der Grundlage seines im Januar vorgelegten Reparationsplanes zu verhandeln. Sollte England sich bereit erklären, an einer gemeinsamen Antwort an Deutschland teilzunehmen, in der die Einwirkung des Ruhrwiderstandes erörtert wird, so würde, von beidseitigen Wünschen entsetzt, eine inter-alliierte Konferenz über die Reparationsfrage und die Kriegsschuldenerregung bald anzuhalten kommen. Das die Belgier in dieser Hinsicht einen sehr energischen Standpunkt vertreten, scheint insbesondere daraus hervorzugehen, daß zwischen Belgien und Frankreich ein ausgedehnter telegraphischer Meinungsaustausch im Gange ist.